

Kleine Anfrage 1400

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Einhaltung der Rechtmäßigkeit der Kommunalverfassung in Städten und Gemeinden im Land Brandenburg I

Es gibt Kommunen im Land Brandenburg, in denen der Hauptverwaltungsbeamte verwandtschaftlich im ersten Grade mit dem Kämmerer verbunden ist. In diesem Zusammenhang stellt die Frage, inwiefern hier die Position des Kämmerers überhaupt sachgerecht ausgeführt werden kann. In früheren Kommunalverfassungen gab es starke Inkompatibilitätsregelungen, so durften z. B. in einer früheren Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in den 90er Jahren Mitglieder des Hauptausschusses nicht im ersten Grade miteinander verwandt sein.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Ist es zulässig, dass der Hauptverwaltungsbeamte einen Kämmerer in seiner Gemeindeverwaltung beschäftigt, die im Rahmen erstgradiger Verwandtschaft mit ihm verbunden ist?
2. Wenn dieser Sachverhalt nicht zulässig wäre, weil hier die Frage der Gewaltenteilung und die Rechte der Gemeindevertretung eingeschränkt sein könnten, stellt sich die Frage, ob man hier gegen die Kommunalaufsicht vorgehen könnte und müsste.